

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Berner Schulblatt**

Band (Jahr): **107 (1974)**

Heft 4

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
107. Jahrgang. Bern, 25. Januar 1974

Organe de la Société des enseignants bernois
107^e année. Berne, 25 janvier 1974



Lehrerbildung

«Mit europäischen Normen gemessen, sind unsere ‚Normalkurse‘ für Primarlehrer allerdings heute ebenso ungenügend wie jene zu Gotthelfs Zeiten.

In der Bundesrepublik steht seit langem die Reform der Lehrerbildung zur Diskussion. Die Lehrerverbände fordern den Stufenlehrer (Grundstufe, Sekundarstufe I und II, mit Möglichkeit stufenübergreifender Fachkompetenz). Die Ausbildung aller Lehrer soll somit gleichwertig, jedoch stufenbezogen differenziert erfolgen.

BLV/Abteilung Primarlehrerschaft

Protokoll der 2. Primarlehrer-Präsidentenkonferenz

vom 21. November 1973, 15 Uhr, in der Aula der Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hans Lang, Präsident

Anwesend: 24 Primarlehrerpräsidenten, 5 Mitglieder der Primarlehrerkommission (Herr Ernst Bodenmann fehlte entschuldigt)

Gäste: 2 Mitglieder des Kantonalvorstandes BLV, Marcel Rychner, Zentralsekretär BLV, Rudolf Strahm, Präsident des Aktionskomitees

Protokoll: Verena Althaus

Verhandlungen

1. *Das Protokoll* der 1. Primarlehrer-Präsidentenkonferenz wird genehmigt.
2. Die *Wahl eines welschen Vertreters* in die Primarlehrerkommission konnte nicht vorgenommen werden. Nachdem Herr Gilbert Wisard, Cormoret, seine Wahl nicht angenommen hat, bemühte sich die Kommission erfolglos, im Jura einen anderen Kandidaten zu finden. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag zu, vorläufig einen Vertreter der SPJ an den Sitzungen teilnehmen zu lassen.
3. Über die *Tätigkeit der Primarlehrer-Kommission* orientierte deren Präsident. In vier Sitzungen wurde intensiv gearbeitet. Kurzberichte erscheinen regelmässig im Berner Schulblatt. Die Zusammenarbeit mit dem BLV war in den meisten Fällen gut, Schwierigkeiten konnten sachlich erörtert werden. Die Anträge der Kommission an den Kantonalvorstand sind gebührend beachtet worden.

Auf keiner Stufe genügt Halbheit und Halbbildung. Im stufenweisen Hineinwachsen ins Leben und der zu suchenden Erfüllung menschlichen Daseins sind neben den intellektuellen Funktionen noch viele andere, sozial ebenso wichtige Begabungen durch Erziehung und Unterricht anzuregen.

Diese Ganzheit zu pflegen gehört zum Auftrag der Lehrer aller Stufen; und gerade den früheren Perioden der Entwicklung kommt dabei besondere Bedeutung zu». (Dr. L. Jost in SLZ Nr. 48/1973)

Dieser Kurztexzt will nicht eine Meinung BLV festlegen, sondern Denkanstoss und Diskussionsauslöser sein. Reaktionen sind erwünscht!

Société des enseignants bernois (SEB)

Procès-verbal de la 2^e Conférence des présidents des enseignants primaires

21 novembre 1973, à 15 heures, à l'aula de l'école primaire du Liebefeld

Président: Hans Lang

Présents: 24 présidents des enseignants primaires, 5 membres de la Commission primaire (M. Ernst Bodenmann s'est excusé)

Invités: 2 membres du Comité cantonal SEB; Marcel Rychner, secrétaire central SEB; Rudolf Strahm, président du Comité d'action

Procès-verbal: Verena Althaus

Délibérations

1. *Le procès-verbal* de la première Conférence des présidents des enseignants primaires est accepté.
2. Il n'a pas été possible de *nommer un représentant romand* dans la Commission primaire. M. Gilbert Wisard, de Cormoret, n'ayant pas accepté sa nomination, la Commission s'est occupée, mais en vain, de trouver dans le Jura un autre candidat. La Conférence agréée la proposition de faire prendre part, en attendant, un représentant de la SPJ aux séances.
3. On est informé sur *l'activité de la Commission* par le président. Une activité intense s'est déroulée durant les quatre séances de la Commission primaire. Des résumés paraissent régulièrement dans «L'Ecole bernoise». La collaboration avec la SEB a été bonne dans la plupart des cas; les difficultés ont été discutées avec objectivité. Les propositions de la Commission primaire au Comité cantonal ont été convenablement prises en considération.

4. Das *Arbeitsprogramm* der Primarlehrer-Organisation soll das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und die Lage der Primarschule verbessern. Die Kommission schlägt zwei Themen vor:

- a) Finanzielle Gleichberechtigung für die Primarschule;
- b) Verbesserung der Primarlehrerausbildung.

Die entworfenen Arbeitsunterlagen wurden von drei Mitgliedern der Kommission erläutert und von der Konferenz einer gründlichen Kritik unterzogen. Die Kommission wird die Ergebnisse der lebhaften Diskussion in der endgültigen Fassung berücksichtigen. Diese soll im Berner Schulblatt erscheinen und den Primarlehrer-Konferenzen als Diskussionsgrundlage dienen. Aus den Vernehmlassungen wird die Kommission Anträge ausarbeiten, welche nach Genehmigung durch die Primarlehrer-Präsidentenkonferenz den leitenden Organen des BLV unterbreitet werden sollen.

Die beiden Arbeitsthemen und das vorgeschlagene Vorgehen wurden ohne Gegenstimme genehmigt.

5. Unter *Verschiedenem* wurde gefragt, ob die Primarlehrer-Kommission wie die anderen Stufenorganisationen aufgefordert worden sei, Anträge zur Verbesserung des Lehrerbesoldungsgesetzes zu stellen und welche Anträge sie allenfalls gestellt habe.

Der Präsident antwortete, dass er keine derartige Aufforderung erhalten habe, doch sei ein an die Sektionen gerichteter Aufruf im Schulblatt zu lesen gewesen. Die Kommission sei auch in dieser Hinsicht aktiv.

Um 18 Uhr schliesst der Vorsitzende die Versammlung mit dem besten Dank an alle Teilnehmer und macht noch auf die Primarschulvorsteher-Konferenz vom 14. Dezember aufmerksam.

Der Präsident: *Hans Lang*

Die Protokollführerin: *Vreni Althaus*

4. Le *programme d'activité* de l'organisation des enseignants primaires a pour but de renforcer le sentiment de collaboration entre ses membres et d'apporter des améliorations à la situation de l'école primaire. La Commission propose deux thèmes:

- a) égalité financière pour l'école primaire;
- b) amélioration de la formation des enseignants primaires.

Les projets esquissés ont été expliqués par trois membres de la Commission et soumis à une critique approfondie de la Conférence. La Commission prendra en considération les résultats de ces délibérations animées dans la rédaction définitive. Celle-ci sera publiée dans «L'Ecole bernoise» et servira de base de discussion aux Conférences des enseignants primaires. De ce qui en résultera, la Commission préparera des propositions qui seront soumises aux organes dirigeants de la SEB, après avoir été présentées à la Conférence des présidents des enseignants primaires.

Les deux thèmes, ainsi que la manière de faire, sont acceptés à l'unanimité.

5. On demande sous *divers* si la Commission primaire a été priée, comme les organisations d'autres degrés, de présenter des propositions concernant l'amélioration de la loi sur les salaires des enseignants et, le cas échéant, quelles propositions elle aurait faites.

Le président répond qu'il n'a pas reçu de demandes à ce sujet, mais qu'on a pu lire un appel aux sections dans «L'Ecole bernoise». La Commission est aussi active à cet égard.

Le président clôt la réunion à 18 heures, en remerciant tous les participants, et rend encore attentif à la Conférence des recteurs primaires du 14 décembre.

Le président: *Hans Lang*

La préposée au procès-verbal: *Vreni Althaus*

ARBEITSUNTERLAGE / PRIMARLEHRER / HERAUS-

NEHMEN / AUFBEWAHREN / ARBEITSUNTERLAGE

BLV/Abteilung Primarlehrerschaft

Arbeitsprogramm 1974

Unser Organisationsreglement überträgt uns die Aufgabe, die besonderen Anliegen der Primarschule zu vertreten. Verbesserungen können nur im täglichen Unterricht, im lehrenden und erziehenden Umgang jedes Lehrers mit seinen Schülern verwirklicht werden. Erfolgreiche Schularbeit kann man unter sehr unterschiedlichen Verhältnissen leisten. Wir wissen den grossen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen sehr wohl zu würdigen. Aber wir wissen auch, wie oft äussere Umstände und unverschuldete persönliche Mängel den Erfolg von gutwilligen Anstrengungen beeinträchtigen. Darum haben wir Lehrer nicht nur die Pflicht, unter den gegebenen Bedingungen möglichst gut zu unterrichten, sondern müssen darüber hinaus auch versuchen, im Interesse der Schüler die Voraussetzungen und Bedingungen unseres Unterrichts zu verbessern.

Diese Gedanken liegen dem von der Primarlehrer-Präsidentenkonferenz vom 21. Nov. 1973 genehmigten Arbeitsprogramm zugrunde. Wir hoffen, dass die fol-

Inhalt – Sommaire

Lehrerausbildung	17
Protokoll der 2. Primarlehrer-Präsidentenkonferenz ..	17
Procès-verbal de la 2 ^e Conférence des présidents des enseignants primaires	17
BLV – Arbeitsprogramm 1974	18
Besoldungen der bernischen Lehrerschaft	21
Traitements du corps enseignant bernois	21
Kurssekretariat	29
Dezember – Synode der Sektion Schwarzenburg	30
Sektion Trachselwald	30
SBMEM: Programme d'activité	30
Société pédagogique jurassienne	31
Mitteilungen des Sekretariates	32
Communications du Secrétariat	32

genden Unterlagen an vielen Orten eine lebhaftere Diskussion anregen und dass wir von allen Sektionen gut durchdachte Antworten erhalten, damit wir für unsere Bemühungen einen soliden Rückhalt haben.

Vorgehen

Die beiden vorgeschlagenen Themen sollen in den Sektionen anhand dieser im Schulblatt veröffentlichten Unterlagen diskutiert werden.

Die Primarlehrerpräsidenten erhalten einen Separatabzug, auf dem sie uns die Antwort der Sektion bis Ende März 1974 mitteilen sollten, eventuell ergänzt durch zusätzliche Stellungnahmen.

Die kantonale Primarlehrer-Kommission wird die Antworten so verarbeiten, dass der Präsidentenkonferenz vom 12. Juni 1974 bestimmte Anträge vorgelegt werden können.

Die genehmigten Anträge werden der Leitung des Lehrervereins übergeben mit dem Begehren, er möge die nötigen Massnahmen zu ihrer Verwirklichung ergreifen.

1. Finanzielle Gleichberechtigung

Mangelnde materielle Voraussetzungen beschränken häufig die Möglichkeiten unseres Unterrichts. Wir können manchmal eine wertvolle Unterrichts-idee nicht verwirklichen, weil wir das nötige Material nicht kaufen können, weil wir das nötige Demonstrationsmaterial nicht besitzen, weil es die entsprechenden Lehrmittel für uns nicht gibt oder weil die räumlichen Voraussetzungen nicht da sind.

Auf allen Gebieten öffentlicher Tätigkeit sind die finanziellen Mittel beschränkt. Aber im Schulwesen werden die bewilligten Kredite so ungleich verteilt, dass wir es als eine schwerwiegende Benachteiligung der Primarschüler empfinden.

Eine Untersuchung der Schuldirektion der Stadt Bern im Juli 1973 ergab für die jährlichen Betriebskosten der einzelnen Schulen folgende Verhältnisse:

Ohne Besoldung pro	Primarschüler = Fr. 59.40
	Sekundarschüler = Fr. 234.—
Mit Besoldung pro	Primarschüler = Fr. 1 487.—
	Sekundarschüler = Fr. 2 167.—
Totalkosten pro	Primarschüler = Fr. 2 920.—
	Sekundarschüler = Fr. 3 890.—

Der Unterschied macht also pro Klasse und Jahr über 20 000 Franken aus. Wir glauben, dass diese Verhältnisse ungerecht sind. Wir wissen, dass viele Gemeinden ihren Primarschulen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, aber wir kennen auch Gemeinden, in denen die Unterschiede noch grösser sind als in Bern. Im Interesse unserer Schüler fordern wir deshalb für die Primarschule finanzielle Gleichberechtigung.

1.1 Schulmaterial

Die Kredite für das Schulmaterial werden von den Gemeinden festgesetzt. Der Staat zahlt Beiträge. Er hat sie auf einheitlich 6 Franken pro Schüler erhöht, nachdem sie bisher 2.25 Fr. pro Primarschüler und 3.25 Fr. pro Sekundarschüler betragen hatten. (Der Kanton Aargau hat entsprechende Subventionen von einheitlich 75 Franken festgesetzt, nachdem sie bisher für die Oberschule 30, für die Sekundarschule 45 und für die Bezirksschule 55 Franken betragen hatten). Wir haben verschie-

dene Möglichkeiten um Änderungen zu erreichen. Sollen wir

- 1.1.1 die Verhältnisse lassen wie sie sind?
Ja Nein
- 1.1.2 Verbesserungen mit Hilfe von Weisungen der Erziehungsdirektion versuchen? Ja Nein
- 1.1.3 Verbesserungen mit Hilfe der Staatsbeiträge versuchen? Ja Nein
- 1.1.4 Verbesserungen mit Hilfe der Veröffentlichung von Zahlen versuchen? Ja Nein
- 1.1.5 Gleichstellung mit der Sekundarschule anstreben? Ja Nein

1.2 Lehrmittel

Unsere Lehrmittel werden durch staatliche Stellen vorgeschrieben, gestattet oder verboten, zum Teil auch hergestellt. Auf einigen Gebieten sind wir sehr gut ausgerüstet, auf anderen gar nicht oder nur ungenügend. Wir stellen auch in dieser Hinsicht grosse Unterschiede zur Sekundarschule fest. Man vergleiche etwa den Atlas der Schweizerischen Schullatlas. Es geht uns nicht darum, für unsere Schüler die gleichen Lehrmittel und einen gleichartigen Unterricht zu verlangen, aber wir fordern die gleichen finanziellen Mittel, um für unsere Schüler eine ihren Möglichkeiten entsprechende Ausrüstung anzuschaffen.

- 1.2.1 Sind Sie mit dieser Forderung einverstanden?
Ja Nein
- In welchen Fächern sind für die Primarschüler ebenfalls Lehrmittel – vielleicht neu zu schaffende – erforderlich?
- 1.2.2 Geografie? Ja Nein
- 1.2.3 Biologie? Ja Nein
- 1.2.4 Physik? Ja Nein
- 1.2.5 Chemie? Ja Nein
- 1.2.6 Andere?

1.3 Demonstrationsmaterial

Wir stellen fest, dass viele Primarschulen ganz ungenügend mit Demonstrations- und Versuchsmaterial ausgerüstet sind; andere sind gezwungen, derartige Ausrüstungen mit dem Erlös von Papier- oder anderen Sammlungen zu bezahlen. Die Sekundarschulen haben es in dieser Hinsicht viel leichter. Dabei sind es gerade unsere Primarschüler, welche mit den Dingen umgehen und eine sinnennahe Anschauung haben müssen, um sie begreifen zu können. Darum fordern wir die gleichen Mittel für Demonstrations- und Versuchsmaterial für Physik und Chemie; Modelle für Mathematik, Menschenkunde, Technisches Zeichnen; Wandkarten für Geschichte und Geografie.

- 1.3.1 Sind Sie mit dieser Forderung einverstanden?
Ja Nein

Technische Hilfsmittel wie Hellraumprojektoren, Vorführapparate für Dia und Film, Radio, Plattenspieler, Tonbandgeräte, Fernsehapparate, Photo- und Thermokopiergeräte können den Unterricht bereichern und Arbeit einsparen. Wir sind der Meinung, dass auf diesem Gebiet die Primarschule Anrecht auf eine gleich gute Ausrüstung hat, wie sie der Sekundarschule zugestanden wird.

1.3.2 Sind Sie mit dieser Meinung einverstanden?

Ja Nein

1.4 Schulbauten

In der schon erwähnten Untersuchung vergleicht die Schuldirektion der Stadt Bern die 1960-66 erbaute Primarschulanlage Tschärnergut mit der 1958-66 erbauten Sekundarschulanlage Schwabgut und kommt auf folgende Baukosten pro Schüler: Tschärnergut = Fr. 8 123, Schwabgut 19 194 Fr. Im allgemeinen rechnet sie, dass eine Sekundarschule 50% teurer kommt als eine entsprechende Primarschule. Ähnliche Verhältnisse legt der Kanton Bern in der Verordnung über Schulanlagen vom 8. 8. 1973 für grössere Schulen fest. Sie enthält folgende Höchstbeträge für die Bemessung von Subventionen (Kosten ohne Turnanlagen, Stand 1. 1. 1970):

14 Klassen Primarschule Fr. 2 573 100

15 Klassen Sekundarschule Fr. 3 911 300

Als Folge dieser Bestimmungen bekommen Primarschulen weniger und schlechter ausgerüstete Räume, so dass beschränktere Möglichkeiten für einen guten Unterricht entstehen. Wir glauben, dass die bestehenden Unterschiede nicht gerechtfertigt sind. Sollen wir versuchen,

1.4.1 die genannte Verordnung abändern zu lassen?

Ja Nein

gleichwertige bauliche Einrichtungen von Primar- und Sekundarschulhäusern zu erreichen

1.4.2 bei den Klassenzimmern (Verdunkelung, Wandtafeln, Mobiliar etc.)?

Ja Nein

1.4.3 bei den Spezialräumen (Naturkunde, Singen, Aula)?

Ja Nein

1.4.4 Bibliothek?

Ja Nein

1.5 Minimalausrüstung

An der Präsidentenkonferenz wurde angeregt, anstatt immer wieder mit der Sekundarschule zu vergleichen, eine für die Bedürfnisse der Primarschule genügende Minimalausrüstung zusammenzustellen und von der Erziehungsdirektion vorschreiben zu lassen. Das hätte den Vorteil, dass die Schulen sich auf ganz bestimmte Grundlagen stützen könnten. Es hätte aber auch Nachteile. Mit einer «Einheitsausrüstung» würden wir ein Stück weit auch den Unterricht vereinheitlichen, individuelle Gestaltung erschweren und wieder etwas von unserer Lehrfreiheit aufgeben. Ausserdem könnten solche Vorschriften die Schule auf einem Minimum festlegen und es ihr erschweren, bei wohlwollenden Gemeindebehörden darüber hinauszukommen, Neues ausprobieren und von dem irgendwo festgelegten «Normalen» abweichen zu dürfen.

1.5.1 Sollen wir versuchen, eine obligatorische Minimalausrüstung für Primarschulen zusammenzustellen?

Ja Nein

2. Lehrerausbildung

Wir sind überzeugt, dass wirkliche Verbesserungen in der Schule nur erzielt werden können, wenn die Lehrer durch eine entsprechende Ausbildung dazu befähigt werden. Die Lehrerausbildung ist das Zentrum jeder Schulreform. Die Erziehungsdirektoren-Konferenz hat eine Kommission mit dem Studium der «Lehrerbildung von morgen» beauftragt. Ihr Bericht soll in diesem Jahr

erscheinen. Eine staatliche Kommission soll ein bernisches Modell einer verbesserten Primarlehrerausbildung in die Wirklichkeit umsetzen. Ein Ausschuss des Lehrervereins soll Vorschläge für eine Erneuerung der Primarlehrerausbildung ausarbeiten. Darum wurde an der Präsidentenkonferenz gefragt, ob es klug sei, uns auch noch einzumischen.

Es ist unsere Ausbildung und diejenige unserer zukünftigen Kollegen und Kolleginnen. Wir wollen uns dazu nicht erst äussern können, wenn so vieles festgelegt ist, dass kaum mehr Änderungen möglich sind.

In letzter Zeit wurde den Primarlehrern mehrmals vorgeworfen, sie selber seien daran schuld, dass sie nicht länger ausgebildet würden, denn sie hätten sich vor Jahrzehnten nicht einigen können. Darum wäre gerade jetzt eine überzeugende Willensäusserung für den Lehrerverein und die politischen Behörden gut.

2.1 Grundsatz

Bessere Ausbildung soll uns zu besserem Unterricht befähigen.

2.1.1 Soll die Primarlehrerausbildung verlängert werden?

Ja Nein

2.1.2 Soll sie verändert werden (in Bezug auf Lehrstoffe, Methoden, Schulorganisation)?

Ja Nein

2.2 Zeitpunkt

Unser Erziehungsdirektor hat vor dem Grossen Rat eine mögliche Verlängerung der Primarlehrerausbildung auf die Zeit nach 1982 hinausgeschoben. Wir sind der Meinung, dass wir *jetzt* eine umfassende Reform der Lehrerausbildung fordern müssen und nicht ein weiteres Jahrzehnt warten können, wenn wir die Entwicklung der «Schule von morgen» mitbeeinflussen wollen.

2.2.1 Sind Sie mit unserer Meinung einverstanden?

Ja Nein

Äussere Zwänge stehen einer sofortigen gründlichen Reform entgegen: Lehrermangel, Finanzen, Kapazität der Seminare. Es sind zwei grundsätzlich verschiedene Arten des Vorgehens möglich. Wir können uns für eine bestimmte Marschrichtung entscheiden und dann Schritt für Schritt die unter den gegebenen Umständen möglichen Verbesserungen zu erreichen trachten, oder wir können ein uns richtig dünkendes Ausbildungsmodell entwerfen und genehmigen lassen und dann mögliche Übergangslösungen suchen.

2.2.2 Sollen wir in kleinen Schritten eine Verlängerung der Ausbildung zu verwirklichen trachten?

Ja Nein

2.2.3 Sollen wir auf die Annahme eines grundsätzlich neuen Ausbildungsmodells hinwirken?

Ja Nein

Die Erziehungsdirektion will auf Frühjahr 1975 mit den Versuchen für ein freiwilliges fünftes Seminarjahr, das lohnwirksam sein müsste, beginnen. Im Gegensatz zu den Forderungen der internationalen Lehrerverbände würden damit anstatt einer gleichwertigen Ausbildung für die verschiedenen Schulstufen ungleichwertige Ausbildungen für die gleiche Schulstufe eingeführt. In Zukunft sollen also gleiche Schüler an den gleichen Schulen von ungleich ausgebildeten und ungleich besoldeten Lehrern gleich gut unterrichtet werden. Anstatt einer

Besoldungen der bernischen Lehrerschaft (1974)

Traitements du corps enseignant bernois (1974)

Grundsätze der Neuordnung 1973

Seit der Annahme des Lehrerbesoldungsgesetzes durch die Stimmbürger des Kantons Bern am 1. Juli 1973 (89036 : 42880) werden die Besoldungen vom Grossen Rat auf dem Dekretsweg, gewisse Zulagen vom Regierungsrat durch Verordnung festgesetzt. Freiwillige Zulagen der Gemeinden sind in jeder Form unzulässig.

Der Staat leistet an die Gesamtheit der Aufwendungen für Besoldung und Versicherung der Gemeindelehrer $\frac{3}{7}$ oder 43%, die Gesamtheit der Gemeinden $\frac{4}{7}$ oder 57%.

Der Kanton zahlt die Besoldungen aus; das Personalamt, eine Abteilung der Finanzdirektion, besorgt dies in seinem Auftrag, in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion, und rechnet mit den Gemeinden ab.

Die meisten Lehrer sind trotzdem nach wie vor Gemeindeangestellte. Eine Ausnahme machen die Lehrer an der Kantonsschule Pruntrut, an den staatlichen Seminaren und an einigen Erziehungsanstalten; sie sind Staatsangestellte und unterstehen vorderhand noch dem Dekret über die Besoldungen der Behörde-mitglieder und der Staatsverwaltung, vom 10. Mai 1972. Es ist aber vorgesehen, auch auf sie demnächst das Lehrerbesoldungsgesetz anzuwenden.

Die wichtigsten Erlasse

(in Rechtskraft seit 1. April 1973, z. T. rückwirkend)

- LBG:** **Lehrerbesoldungsgesetz**, vom Grossen Rat am 15. 11. 1972, vom Volk am 1. 7. 1973 angenommen
- LBD:** **Lehrerbesoldungsdekret** (des Grossen Rates) vom 15. 11. 1972
- VO Pfl:** **Verordnung** (des Regierungsrates) über die **Pflichtlektionen** der Lehrer, vom 13. 12. 1972, neu datiert vom 5. 9. 1973
- LP prim:** **Lehrplan für die Primarschulen** des Kantons Bern, allg. Teil (Lektionentafel für die Schüler) vom 10. Januar 1973, in Kraft (unabhängig vom LBG) seit 1. 4. 1973
- LP sek:** **Lehrplan für die Sekundarschulen** des Kt. Bern, Febr. 1961 (Lektionentafel für die Schüler gültig ab 1. 4. 1974). s. ASB 8/77, 29. 6. 1973.
- VO prov:** **Verordnung** (des Regierungsrates) über die Besoldung der **provisorisch gewählten Lehrer** und über die definitive Wählbarkeit von Lehrern mit **Teilpenssen**, vom 22. 8. 1973. (Abgedruckt im ASB 11/77, 30. 9. 73)
- VO ZU:** **Verordnung** (des Regierungsrates) über die Entschädigung von **zusätzlich** über den vollen Beschäftigungsgrad hinaus **erteilten** Lektionen und des **nicht regelmässig** während des ganzen Semesters erteilten Unterrichts, vom 22. 8. 1973. (Abgedruckt im ASB 11/77, 30. 9. 1973 und 13/77, 30. 11. 1973.)
- W ZU:** **Weisungen** der ED dazu im ASB 11/77, 30. 9. 73, S. 462
- W Vorst:** **Weisungen** der Erziehungsdirektion betr. die Entschädigung der **Sekundarschulvorsteher** und der **Oberlehrer/Vorsteher** an Primarschulen für die Funktion der Schulleitung im Schuljahr 1973/74 (ASB 10/77, 31. 8. 73, und 11/77, 30. 9. 73) Definitive Weisungen werden auf 1. 4. 1974 erwartet.
- W. Bes' stand:** **Weisungen** der Erziehungsdirektion betr. die Geltendmachung der **Besitzstandgarantie** gemäss Art. 23 LBG und Art. 21 LBD: ASB 11/77, 30. 9. 73, S. 463. (Weitere Weisungen, bzw. Mitteilungen werden erwartet.)
- VO Stv:** **Verordnung** über die Vertretung von Lehrern, ab 1. 1. 1974 (ASB 1/78, vom 15. 1. 74).

Caractéristiques du nouveau système (1973)

Depuis l'acceptation de la Loi sur les traitements du corps enseignant par les citoyens du canton de Berne, le 1^{er} juillet 1973, par 89036 oui contre 42880 non, les traitements sont fixés par décret du Grand Conseil, certaines allocations par ordonnance du Conseil-exécutif. Les allocations communales ne sont admises sous aucune forme.

L'Etat supporte $\frac{3}{7}$ ou 43% de la totalité des frais causés par les traitements et l'assurance des enseignants communaux, l'ensemble des communes $\frac{4}{7}$ ou 57 %.

C'est le canton qui verse les traitements; l'Office du personnel, une division de la Direction des finances, en est chargé, en collaboration avec la Direction de l'IP; il assure également le décompte avec les communes.

Néanmoins, la plupart des enseignants conservent leur statut d'employés communaux. Seuls les maîtres de l'Ecole cantonale de Porrentruy, des Ecoles normales de l'Etat et de quelques établissements d'éducation sont fonctionnaires de l'Etat et soumis au Décret du 10 mai 1972, concernant les traitements des membres d'autorités et du personnel de l'Etat de Berne.

Mais il est prévu de les soumettre prochainement à la Loi sur les traitements des enseignants.

Les principaux textes légaux

(en vigueur dès le 1^{er} avril 1973, certains à titre rétroactif)

- LTCE:** **Loi sur les traitements du corps enseignant**, promulguée par le Grand Conseil le 15. 11. 72 et acceptée par le peuple le 1^{er} juillet 1973.
- DTCE:** **Décret** (du Grand Conseil) sur les **traitements** du corps enseignant, du 15. 11. 72
- OLO:** **Ordonnance** (du Conseil-exécutif) fixant les **leçons obligatoires** des enseignants, du 13 décembre 1972, redatée du 5 septembre 1973
- PE prim:** **Plan d'études** pour les écoles **primaires** de langue française (1968), nouvelle **grille horaire** pour les élèves, en vigueur (indépendamment de la LTCE) depuis le 1^{er} avril 1973
- PE sec:** **Plan d'études** des écoles **secondaires** et progymnases de langue française, 1961, révisé en 1972.
- O prov.:** **Ordonnance** (du Conseil-exécutif) sur les traitements des **maîtres nommés à titre provisoire** et l'éligibilité à titre définitif des **maîtres à programme partiel**, du 22 août 1973 (v. FOS 11/77, 30. 9. 73)
- O suppl.:** **Ordonnance** (du Conseil-exécutif) sur la rétribution des **leçons supplémentaires** données par un maître occupé à plein temps et de l'enseignement dispensé de façon **irrégulière** durant un semestre entier, du 22 août 1973 (v. FOS 11/77, 30. 9. 73 et 14/77, 28. 12. 73).
- N suppl.:** **Normes** (dictées par la D.I.P) pour l'application de cette ordonnance (FOS 11/77, du 30. 9. 1973, p. 490 s.)
- N dir.:** **Normes** (de la DIP) concernant l'**indemnisation des directeurs d'école** secondaire et des directeurs d'école primaire pour les travaux de direction durant l'année scolaire 1973/74. (FOS 10/77, 31. 8. 1973, et 11/77, 30. 9. 1973). Les normes définitives sont attendues pour le 1. 4. 1974.
- N sit-acq.:** Communication de la DIP concernant la procédure pour établir les cas tombant sous la **garantie de la situation acquise** prévue aux art. 23 LTCE et 21 DTCE (FOS 11/77, 30. 9. 1973, p. 492). D'autres normes ou informations doivent suivre.
- O rpl.:** **Ordonnance** concernant les remplacements, dès 1. 1. 1974 (FOS 2/78, du 31. 1. 74).

Datum.....

Adresse:

Date.....

Dienststelle (Nr.)

Service (n°)

Besoldungsaufstellung des Personalamtes des Kantons Bern, 1974
Etat de salaire établi par l'Office du personnel du canton de Berne, 1974

AHV Nr. N° AVS	Lohnklasse Staat Classe Etat	Gemeinde Beitrags-Klasse Classe Commune	Alterszulagen Annuité (alloc. p. années de serv.)	Beschäftigungs- grad in ‰ Degré occupation en ‰	Zivilstand Etat civil	Kinder Enfants
	01-24		1-8		1-7	
Ziffer chiffres	Text/texte				Abzüge déductions	Betrag montant
01	Gesetzliches Minimum Traitement légal minimum				
02	Spezialzulagen Allocations spéciales				
03					
04					
05					
06	Dienstalterszulagen Allocations pour années de service				
07	Besoldungszuschläge Compléments				
08					
09					
10	*Grundbesoldung versichert *Traitement de base assuré				
11	Reserverubrik Rubrique de réserve				
12	Teuerungszulage, 15,5% von Ziff. 10 Allocation de cherté, 15,5% de ch. 10				
13	Familienzulage Allocation de famille				
14	Kinderzulagen Allocations pour enfants				
15	Ortszulage Allocation de résidence				
16	Zusatzlektionen Leçons supplémentaires				
17	Zulage od. Korrektur Allocation ou correction				
18	Bruttobesoldung Traitement brut				
19	Abzug Déduction				
20	AHV-pflichtige Besoldung, Ziff. 18 minus Ziff. 19 Traitement soumis à l'AVS, ch. 18 moins ch. 19				
21					
22					
23	AHV Arbeitnehmerbeitrag AVS contribution employé				
24	_____				
25	Abzug Déduction				
26	Abzug Lehrerversicherungskasse Déduction caisse d'assurance				
27	Nettobesoldung Traitement net				

* soll heissen: Grundlage für die Versicherung/* signifie: base de l'assurance

Besoldungsaufstellung des kantonalen Personalamtes für den einzelnen Lehrer

Bei jeder wesentlichen Änderung der Besoldung erhält der Lehrer eine Aufstellung, die von der elektronischen Rechenanlage des Kantons berechnet und gedruckt wird. Allfällige Fehler fallen selten der Maschine zur Last; gemacht werden sie meistens von den Lehrern beim Melden (od. Nichtmelden) von Änderungen im Zivilstand und beim Ausfüllen der Pensenmeldungen oder von den Bearbeitern dieser Meldungen (Auswertung, Codierung, Lochung der Karten für die Rechenanlage, Aufstellen und Einlegen des Programms in den Computer usw.).

Mit den vorliegenden Ausführungen möchten wir unsern Mitgliedern die Kontrolle ihrer persönlichen Besoldungsaufstellung erleichtern. Im Zweifelsfall richten sie eine sachliche und möglichst präzise Anfrage **schriftlich** an das Personalamt des Kt. Bern, Münsterergasse 45, Bern.

Unbedingt angeben: Aus der letzten Besoldungsaufstellung Nummer der Dienststelle (neben Adresse), genaue Personalien, inkl. Mädchennamen, Geburtsdatum, Adresse mit PLZ; Stufe od. Funktion (z. B. Prim., Sek. Lehrer, Zeichen-, Turnlehrer, AL., HHL., usw.) evtl. Spezialfunktionen (Vorsteher usw.), an welcher Schule, Schulhaus. Lektionenzahl. Zivilstand, Zahl und Alter der Kinder, ob in Ausbildung, u. U. als was.

Je nachdem: Dienstjahre genau angeben (wann, wo, als Stellvertreter, provisorischer oder definitiver Stelleninhaber, Unterbrüche usw.). Gegenstand der Anfrage ebenfalls genau umschreiben; Fotokopien von Belegen usw. beilegen. (Originalbelege nur auf ausdrückliches Verlangen senden, eingeschrieben.) Immer Kopie des Begleitbriefes aufbewahren. Bei Bezugnahme auf amtliche Schreiben deren Datum, Nummer, Zeichen, Unterschrift usw., angeben.

Erläuterungen zum Kopf des Formulars

Dienststelle: Alle «Posten» sind verwaltungsintern nummeriert. Bei Anfragen diese Nummern erwähnen.

Adresse: Ist sie genau und vollständig? Sonst bitte schriftlich an ED berichtigen.

Lohnklassen

- 01 Sekundarlehrer(in)
- 02 Primarlehrer(in)
- 03 Haushaltungslehrerin
- 04 Arbeitslehrerin
- 05 Kindergärtnerin
- 06-10 Diverses
- 11 Lehrer an höhern Mittelschulen, Kat. A gemäss LBD, Art. 3
- 12 do. Kat. B
- 13 do. Kat. C
- 14 do. Kat. D
- 15 do. Kat. E
- 16 do. Kat. E
- 19-24 Rektoren, Direktoren

Zivilstand

- 1 verheiratet, mit Familienzulage
- 2 verheiratet, ohne Familienzulage
- 3 verwitwet, mit Familienzulage
- 4 verwitwet, ohne Familienzulage
- 5 geschieden, mit Familienzulage
- 6 geschieden, ohne Familienzulage
- 7 ledig

Beschäftigungsgrad (in ‰). 89,2 bedeutet, dass der Lehrer 25 von den verlangten 28 Lektionen erteilt, was 89,2% des vollen Beschäftigungsgrades ausmacht. Er erhält den entsprechenden Teil der vollen Besoldung. S. Tab. 2.

Etat de salaire individuel établi, à l'intention des enseignants, par l'Office du personnel du canton

Lors de chaque changement important, l'enseignant reçoit un état de salaire calculé et imprimé par le calculateur électronique du canton. Les erreurs sont rarement le fait de la machine; ce sont en général soit les enseignants qui les commettent en annonçant (ou en omettant d'annoncer) les changements d'état civil ou leur programme scolaire, soit les personnes chargées de dépouiller ces informations (codage, perforage des cartes destinées à l'ordinateur, rédaction et transmission du programme, etc.).

L'exposé qui suit est destiné à faciliter à nos sociétaires le contrôle de leur propre état de salaire. En cas de doute, qu'ils adressent une demande écrite d'explication, sobre et aussi précise que possible à l'Office du personnel du canton, Münsterergasse 45, Berne.

Ne pas manquer d'indiquer: le n° du «service» (se trouve en tête du dernier état de salaire, à côté de l'adresse du maître), nom et prénom(s), pour dames mariées l'ancien nom, la date de naissance, l'adresse (avec n° postal); le degré ou la fonction (par ex. instituteur, m. sec.; m. de dessin, gymn.; m. d'ouvrages, m. ménagère etc.), l'école (collège de...), fonctions spéciales (gérant, etc.); nombre de leçons hebdomadaires; l'état civil, le nombre et l'âge des enfants (aux études, etc.? où, quoi?).

Cas échéant: années de service (quand, où, en qualité de remplaçant, de titulaire provisoire ou définitif, interruptions, etc.). Définir exactement le sujet de la requête; ajouter des photocopies des documents. (N'envoyer les originaux, sous pli recommandé, que sur demande expresse.) Toujours garder une copie de la lettre d'accompagnement. Répéter la date, le numéro ou autres signes et noms indiqués sur une lettre à laquelle vous répondez.

Explications concernant l'en-tête des colonnes

Service: Chaque «poste» porte un numéro administratif; à rappeler lors de toute demande.

Adresse: Est-elle correcte et complète? Sinon, rectifier par écrit, s.v.p. (DIP).

Classes de salaire

- 01 maître(sse) secondaire
- 02 maître(sse) primaire
- 03 maîtresse ménagère
- 04 maîtresse d'ouvrages
- 05 maîtresse frœbelienne
- 06-10 divers
- 11 enseignants aux écoles moyennes supérieures, cat. A (DTCE, art. 3)
- 12 id., cat. B
- 13 id., cat. C
- 14 id., cat. D
- 15 id., cat. E
- 16 id., cat. E
- 19-24 directeurs, recteurs

Etat civil

- 1 marié, avec alloc. de famille
- 2 marié, sans alloc. de famille
- 3 veuf, avec alloc. de famille
- 4 veuf, sans alloc. de famille
- 5 divorcé, avec alloc. de famille
- 6 divorcé, sans alloc. de famille
- 7 célibataire

Degré d'occupation (en ‰). 89,2 veut dire que le maître, enseignant 25 leçons sur les 28 qui font norme, travaille à 89,2%. Son traitement est calculé en proportion. V. tab. 2.

Erläuterungen zum Text des Formulars

Das alte Formular wird weiterverwendet.

Verschiedene Zeilen sind seit der Neuordnung überzählig und/oder dienen als Reserve für besondere Fälle.

01 Gesetzliches Minimum = Anfangsbesoldung gemäss LBD Art. 3; s. Tabelle 1 nachstehend.

02 Spezialzulagen nach LBD Art. 7:

	jährlich Fr.	monatlich Fr.
Sonderschule je nach Ausweis	3600.– bzw. 4500.–	300/375
Erweiterte Oberschule	2400.–	200
Weiterbildungsklasse	4500.–	375
Übungsklasse f. Seminare	4500.–	375
Übungskindergarten ausserh. d. Seminars	2400.–	200
Übungslehrerin an HHL-Seminaren	1000.–	83

«Über weitere Zulagen für spezielle Leistungen und auf Grund besonderer Verhältnisse entscheidet der Regierungsrat». (LBD Art. 7/2). Darüber ist (Mitte Januar 1974) noch nichts bekannt.

06 Dienstalterszulagen (LBD, Art. 4). Die 1. wird zu Beginn des 2. Dienstjahres fällig; zu Beginn des 9. Dienstjahres, mit 8 Zulagen, wird das 1. Maximum erreicht. (s. Tabelle 1).

07 Besoldungszuschläge (Art. 5 LBD)

Je ein Zuschlag im ungefähren Betrag einer doppelten Alterszulage nach dem vollendeten 35. und 40. Altersjahr, bei mindestens 8 bzw. 12 gültigen Dienstjahren, zu Beginn des folgenden Semesters.

Ab 1. April 1974 folgt nach dem vollendeten 45. Altersjahr, bei mindestens 15 gültigen Dienstjahren, ein letzter Zuschlag in der Höhe ca. einer einfachen Alterszulage. (Lehrer der Kat. 6 ABC erhalten diese Zulage wegen Quervergleichen zum Staatspersonal bereits 1973).

10 Die Anfangsbesoldung, die Dienstalterszulagen, die Besoldungszuschläge und die Spezialzulagen bilden zusammen die **Grundbesoldung**. Diese bildet die Grundlage für die Versicherung bei der Lehrerversicherungskasse. Von der Grundbesoldung bleiben 5% und Fr. 7800.– unversichert (sog. Koordinationsabzug), weil sonst die Renten zusammen mit Teuerungszulagen und AHV-Renten bei den unteren Lohnkategorien die Lohnbezüge der Aktiven überträfen.

12 Die Teuerungszulagen werden in der Novembersession für das nächste Kalenderjahr so festgesetzt, dass sie die Teuerung knapp ausgleichen. Die Zunahme der Teuerung wurde bisher (ohne gesetzliche Verpflichtung für den Staat) immer auf Jahresende durch eine **Nachteuerungszulage** (fast) ausgeglichen. Die Besoldungsbestandteile 13 ff. werden in etwas grösseren Abständen auch der Teuerung angeglichen; doch werden auf ihnen weder prozentuale TZ, noch NTZ gewährt.

Die TZ pro 1974 beträgt 15,5 %. Da die Beträge im LBD auf 120 P. des Landesindex der Konsumentenpreise basieren, ist mit 15,5% TZ ein Stand der Teuerung von 138,6 P. ausgeglichen. (115,5% von 120 P. = 138,6 P.).

13 Familienzulage: Fr. 900.– jährlich, Fr. 75.– monatlich. Bezugsberechtigung s. LBD Art. 11.

14 Kinderzulagen: Fr. 600.– jährlich, Fr. 50.– monatlich je anspruchsbegründendes Kind. Einzelheiten s. LBD Art. 12 und 13.

Achtung! Ein Anspruch auf diese Zulagen besteht erst vom Beginn des der Meldung durch den Lehrer folgenden Monats hinweg. Der Lehrer muss also jede Zivilstandsänderung im ureigenen Interesse sofort der ED direkt melden. Bei verspäteter Meldung geht die Zulage für die Zwischenzeit verloren!

Ratschlag: Gleichzeitig dem Personalamt ein Doppel zustellen (Münstergasse 45, Bern), ebenso der Bern. Lehrerversicherungskasse, Spitalackerstrasse 22a, Bern. Das Original kann z. B. unterwegs verloren gehen!

Forts. S. 25 unten

Explications relatives au texte de la formule

L'administration continue à se servir de l'ancienne formule. Depuis le changement de système, certaines rubriques sont superflues et/ou servent de réserve pour des cas spéciaux.

01 Traitement légal minimum = traitement initial selon DTCE, art. 3; voir le tableau 1 ci-après.

02 Allocations spéciales selon DTCE, art. 7:

	par année Fr.	par mois Fr.
Classes spéciales, selon la formation reçue	3600/4500	300/375
Ecole primaire sup. à enseignement plus complet	2400	200
Classe d'ens. post-scolaire	4500	375
Classe d'application (E. N.)	4500	375
Ecole enfantine d'appl. en dehors des E. N.	2400	200
M. d'application dans les E. N. ménagères	1000	83

«Quant aux autres allocations pour tâches spéciales ou sur la base de conditions particulières, le Conseil-exécutif décide.» (DTCE, art. 7/2). A mi-janvier 1974, aucune décision en la matière n'était encore connue.

06 Allocations d'ancienneté (années de service), 8 au total (DTCE, art. 4). La 1^{re} est due au début de la 2^e année; le 1^{er} maximum est ainsi atteint au début de la 9^e année de service (v. tableau 1).

07 Compléments (DTCE, art. 5)

On a droit à ce complément, qui correspond à une double allocation d'ancienneté, à l'âge de 35 et 40 ans révolus, dès le semestre suivant, à condition d'avoir respectivement 8 et 12 années de service.

Dès le 1^{er} avril 1974, un troisième complément, équivalant à une allocation d'ancienneté, sera dû à 45 ans révolus (avec 15 années de service au moins). (Les maîtres des catégories 6 A, B, C y ont droit dès 1973, pour raison de symétrie avec le personnel de l'Etat.)

10 Le traitement initial, les allocations spéciales et d'ancienneté et les compléments forment le **traitement de base**, dont dépend le traitement assuré auprès de la Caisse d'assurance du corps enseignant. De ce traitement de base, 5% et 7800 fr. ne sont pas assurés (déduction de coordination), pour éviter que les rentes, majorées des allocations de cherté et des rentes AVS, ne dépassent, au moins dans les catégories inférieures, le salaire du personnel actif.

12 Les allocations de cherté. Le Grand Conseil les fixe dans sa session de novembre pour l'année civile suivante à un niveau qui corresponde à peu près au coût de la vie. Depuis de nombreuses années, l'Etat, sans obligation légale, a alloué, en fin d'année une **allocation de cherté complémentaire**, en tenant compte du niveau moyen des prix à la consommation dans l'année. Les parts de traitement 13 ss. sont aussi revalorisées de temps en temps; elles n'entrent en ligne de compte ni pour l'octroi d'allocation de cherté, ni pour les allocations de cherté complémentaires.

L'allocation de cherté pour 1974 est de 15,5%. Les montants du DTCE correspondent à 120 pt. de l'indice national; ainsi, avec 15,5%, nos traitements sont au niveau de 138,6 pts (115,5% de 120 pts = 138,6 pts).

13 Allocation de famille: Fr. 900 par année, 75 par mois. Voir le DTCE, art. 11.

14 Allocations pour enfants: Fr. 600 par année et par enfant y donnant droit, Fr. 50.– par mois. Détails: v. DTCE, art. 12 et 13.

Attention! Le droit à ces allocations ne prend naissance qu'au début du mois qui suit la communication par l'enseignant. Dans son propre intérêt, ce dernier s'empressera d'annoncer tout changement d'état civil à la DIP, directement. En cas de retard, l'allocation est perdue pour la période en question.

Notre conseil: envoyer simultanément un double à l'Office du personnel, Münstergasse 45, Berne, et à la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois, Spitalackerstrasse 22a, Berne. L'original peut, par ex., se perdre en route!

Suite p. 25, en bas

Jährliche und monatliche Besoldungen der Lehrerschaft im Kanton Bern Traitements annuels et mensuels des enseignants du canton de Berne

Tab. 1

gemäss Lehrbesoldungsgesetz vom 1. Juli 1973 und Lehrbesoldungsdekret vom 15. November 1972 (in Kraft ab 1. April 73).

selon la Loi sur les traitements, du 1^{er} juillet 1973, et le Décret sur les traitements du corps enseignant, du 15 novembre 1972 (en vigueur à partir du 1^{er} avril 1973).

Der 13. Monatslohn und die Teuerungszulage (15,5%) sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Le 13^e mois de salaire et l'allocation de cherté (15,5%) ne sont pas compris dans ces chiffres.

	Min.	1 DAZ 1 AAS	1. Max. 1 ^{er} max.	2. Max. 2 ^e max.	3. Max. 3 ^e max.	4. Max. 4 ^e max.	
1. Kindergärtnerin	17 822 1 485	683.— 56.92	23 286 1 940	24 652 2 054	26 018 2 168	(26 701) (2 225)	1. Maitresse d'école enfantine
2. Arbeitslehrerin	21 931 1 827	906.— 75.50	29 179 2 431	30 991 2 582	32 803 2 733	(33 709) (2 809)	2. Maitresse d'ouvrages
3. Haushaltungs-Lehrerin/ Primarlehrer/-in	23 279 1 939	958.— 79.83	30 943 2 578	32 859 2 738	34 775 2 898	(35 733) (2 977)	3. Maitresse ménagère Instituteur/institutrice
4. Sek.-Lehrer/-in	27 966 2 330	1310.— 109.17	38 446 3 203	41 066 3 422	43 686 3 640	(44 996) (3 749)	4. Maître(sse) secondaire
5. Lehrer an Fortbildungs-, Anschluss- und Vorbereitungs- klassen	30 855 2 571	1302.— 108.50	41 271 3 439	43 875 3 656	46 479 3 873	(47 781) (3 981)	5. Maître de classes de perfec- tionnement, de raccordement et de préparation
6. Lehrer an höheren Mittelschulen							6. Enseignants aux écoles moyennes supérieures
A	33 744 2 812	1295.— 107.92	44 104 3 675	46 694 3 891	49 284 4 107	51 874 4 322	A
B	31 689 2 640	1238.— 103.17	41 593 3 466	44 069 3 672	46 545 3 878	49 021 4 085	B
C	29 763 2 480	1181.— 98.42	39 211 3 267	41 573 3 464	43 935 3 661	46 297 3 858	C
D	26 296 2 191	1244.— 103.67	36 248 3 020	38 736 3 228	41 224 3 435	(42 468) (3 539)	D
E	24 756 2 063	1178.— 98.17	34 180 2 848	36 536 3 044	38 892 3 241	(40 070) (3 339)	E

Anmerkung: Rappenbeträge wurden meistens abgerundet; kleine Abweichungen von den Zahlen der Verwaltung sind somit möglich.

Remarque: Les chiffres ont été généralement arrondis vers le bas, d'où de légères différences éventuelles envers ceux de l'administration.

DAZ = Dienstalterszulage

AAS = Allocation pour années de service (= d'ancienneté)

Das 4. Maximum tritt z. T. erst auf den 1. 4. 1974 in Kraft (Beträge in Klammern).

Le 4^e maximum n'entre, pour quelques catégories, en vigueur qu'au 1. 4. 1974 (montants entre parenthèses).

15 Ortszulagen (Art. 10, LBD)

Ortsklasse	für Ledige		für Verheiratete	
	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
0	0	0	0	0
1	80	6.66	120	10
2	160	13.33	240	20
3	240	20	360	30
4	320	26.66	480	40
5	400	33.33	600	50

15 Allocations de résidence (art. 10 DTCE)

Classe de résidence	célibataires		mariés	
	par an	par mois	par an	par mois
0	0	0	0	0
1	80	6.66	120	10
2	160	13.33	240	20
3	240	20	360	30
4	320	26.66	480	40
5	400	33.33	600	50

Einreihung der Gemeinden in diese Klassen durch den Regierungsrat, wie für das Staatspersonal. Ebenso entscheidet er über die allfällige Gewährung dieser Zulagen an verheiratete Lehrerinnen und Lehrer mit Teilpensen. (Diese Kategorien müssen auf dem Dienstweg ein **Gesuch stellen**.)

Le Conseil-exécutif range les localités dans les classes de résidence et règle l'octroi d'allocations de résidence aux institutrices mariées et aux maîtres à programme partiel. (Ces deux dernières catégories doivent faire une **demande écrite**, par la voie de service.)

N. B. Diese beim Staatspersonal seit langem ausgerichteten Ortszulagen haben mit den bisherigen freiwilligen Zulagen der Gemeinden (Gemeindezulagen, fälschlicherweise oft auch Ortszulagen genannt) nichts zu tun; letztere sind nunmehr «in keiner Form zulässig» (LBG Art. 4, Abs. 5). Forts. S. 26

N. B. Ces allocations de résidence, en vigueur depuis longtemps pour les fonctionnaires de l'Etat, n'ont rien de commun avec les allocations bénévoles que beaucoup de communes octroyaient jusqu'ici et qui «ne sont admises sous aucune forme» (LTCE, art. 4, al. 5). Suite p. 26

Anteilmässige Besoldungen Traitements proportionnels

Gemeinde	A	B	C	D	Commune
Schul- wochen	36	37	38	39	semaines d'école
Lektionen für 100% Besoldung	30	29,5	29	28	leçons donnant droit à 100% de traitement

Erteilte Lektionen	Besoldung in % Traitement en %				Leçons données
	A	B	C	D	
30	100				30
29	96.6	98.3	100		29
28	93.3	94.9	96.5	100	28
27	90	21.5	93.1	96.4	27
26	86.6	88.1	89.6	92.8	26
25	83.3	84.7	86.2	89.2	25
24	80	81.3	82.7	85.7	24
20	66.6	67.8	68.9	71.4	20
15	50	50.8	51.7	53.5	15
10	33.3	33.9	34.4	35.7	10
6	20	20.3	20.6	21.4	6
5	16.6	16.9	17.2	17.8	5
4	13.3	13.5	13.7	14.2	4
3	10	10.1	10.3	10.7	3
2	6.6	6.7	6.9	7.1	2
1	3.3	3.3	3.4	3.5	1

Bei Arbeit in mehreren Gemeinden werden die Prozentanteile separat berechnet und dann addiert.

Si l'enseignant travaille dans plus d'une commune, les parts proportionnelles seront calculées séparément, puis additionnées.

16 Zusatzlektionen, evtl. Nachzahlungen

Für einen Lehrer, der höchstens 8 Dienstjahre aufweist, wird für jede über den vollen Beschäftigungsgrad hinausgehende Zusatzlektion ein proportionaler Zuschlag zur Besoldung ausgerichtet (s. Tabellen 2+3). Ein dienstälterer Lehrer (2., 3., 4. Max.) erhält je Zusatzlektion dieselbe Entschädigung wie ein Lehrer auf dem 1. Maximum. Diese «entspricht» also u. U. nicht mehr genau seiner eigenen Besoldung. – Für Nachsteuerungszulagen und 13. Monatsbesoldung werden diese Zusatzentschädigungen nicht berücksichtigt.

N. B. Die Leitung des BLV anerkennt, dass hiemit ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen System erzielt wurde: die Lehrer brauchen nicht mehr jede Erhöhung des Ansatzes bei den Gemeindebehörden zu beantragen; der Ansatz ist für die allermeisten wesentlich höher geworden, und er passt sich automatisch von Jahr zu Jahr der Teuerung und den Realerhöhungen an. **Die Beschränkung auf das 1. Besoldungsmaximum bleibt aber umstritten.**

Unter **Zfr. 16** können auch allfällige Nachzahlungen verbucht werden.

17 Zulagen in Sonderfällen und **Korrektur** allfälliger früherer Unstimmigkeiten.

18 Bruttobesoldung (Summe der Zfr. 1 bis 17).

19 Abzüge in besonderen Fällen (z. B. Urlaub, oder buchhalterische Korrektur).

20 AHV-pflichtige Besoldung: Grundlage des AHV-IV-Beitrags (Zfr. 23).

23 Der Beitrag des Arbeitnehmers an die eidg. Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung beträgt 3,9%, derjenige an die Invalidenversicherung 0,4%, derjenige an die Erwerbsersatz-Ordnung bei Militärdienst 0,2%, total also 4,5%.

Der Arbeitgeber leistet denselben Betrag.

25 Abzug in Spezialfällen.

26 Abzug des Beitrags des Versicherten an die **Bern. Lehrerversicherungskasse** (BLVK): Wiederkehrender Beitrag von 7% der versicherten Besoldung (s. Zfr. 10) plus Fr. 3.– monatlich (Arbeitgeber-Beitrag: 9% + Fr. 3.–). Ausserordentliche Beiträge des Versicherten und des Arbeitgebers bei Erhöhungen der versicherten Besoldung (5/12 oder 41,67% bzw. 7/12 oder 58,33%).

Tab. 2

Beispiele für Gemeinde C (38 Schulwochen)

29 Lektionen		100% der Besoldung
28 Lektionen	28/29 oder	96.5% der Besoldung
3 Lektionen	3/29 oder	10.3% der Besoldung

Die **Altersentlastung** wird zu den gehaltenen Lektionen hinzugezählt:

z. B. effektiv gehalten	26 Lektionen
Altersentlastung	2 Lektionen
Für Besoldung anrechenbar	28 Lektionen d. h. 96.5%

(**Achtung!** Nicht voll beschäftigte Lehrer haben nur Anrecht auf Altersentlastung, wenn sie als Klassenlehrer alle an ihrer Primarklasse anfallenden Lektionen erteilen, allenfalls ohne Mädchenhandarbeit.)

Exemples: commune C (38 semaines d'école)

29 leçons		100% du traitement
28 leçons	28/29 soit	96.5% du traitement
3 leçons	3/29 soit	10.3% du traitement

La décharge pour raison d'âge s'ajoute aux leçons données effectivement:

par ex.:	
leçons données effectivement	26 leçons
décharge	2 leçons
mises en compte	28 leçons ou 96.5%

(**Attention!** Des enseignants qui n'enseignent pas le nombre obligatoire de leçons n'ont droit à la décharge pour raison d'âge que s'ils donnent toutes les leçons au programme de leur classe primaire, éventuellement les ouvrages féminins mis à part.)

16 Leçons supplémentaires, éventuellement arriérés

Un enseignant ayant au plus 8 années de service à son actif recevra pour chaque leçon régulière qui dépasse son programme complet fixé par l'ordonnance du 13 déc. 1972 une rémunération proportionnelle à son traitement. (v. tab. 2 et 3). L'enseignant plus chevronné touchera la même indemnité qu'un maître arrivé au 1^{er} maximum de traitement; elle ne sera donc plus exactement proportionnelle à son traitement. – Les allocations de cherté complémentaires et le 13^e mois de salaire ne sont pas accordés sur cette rétribution supplémentaire.

N. B. Les dirigeants de la SEB reconnaissent que cette formule représente un net progrès par rapport au système ancien: les enseignants n'ont plus besoin de s'adresser aux autorités communales pour chaque augmentation de tarif; les montants ont augmenté très sensiblement dans la grande majorité des cas et s'adapteront automatiquement d'année en année au niveau de la cherté et de l'évolution en valeur réelle. **Néanmoins, la limitation au niveau du 1^{er} maximum reste controversée.**

La **rubrique 16** peut aussi servir à des paiements d'arriérés.

17 Allocations (cas spéciaux) et **correction** d'erreurs antérieures.

18 Traitement brut (total des ch. 1 à 17).

19 Déductions dans des cas spéciaux (par ex. congés, corrections comptables, etc.).

20 Traitement imputable pour les cotisations à l'AVS-AI (ch. 23).

23 La cotisation de l'employé à l'assurance fédérale vieillesse et survivants est de 3,9%, celle à l'assurance-invalidité de 0,4%, celle à la caisse de compensation pour perte de gain en faveur des militaires de 0,2, au total donc de 4,5%.

L'employeur verse lui-même une cotisation égale.

25 Déduction dans des cas spéciaux.

26 Déduction de la cotisation de l'assuré à la **Caisse d'assurance du corps enseignant bernois** (CACEB): cotisation périodique de 7% du traitement assuré (v. ch. 10), plus 3 fr. par mois. (L'employeur verse 9% + 3 fr.). Cotisations extraordinaires de l'assuré et de l'employeur lors d'augmentations du traitement assuré (5/12 ou 41,67% et 7/12 ou 58,33%).

Monatliche Entschädigung für 1 Zusatzlektion
Indemnité mensuelle pour 1 leçon supplémentaire

	Minimum			Minimum + 4 DAZ/AAS			1./1 ^{er} Maximum = Min. + 8 DAZ/AAS				
	Besoldung Traitement	Bruchteil fraction	Monatliche Entschä- digung ¹⁾ Indemnité mensuelle ²⁾	4 DAZ 4 AAS	Besoldung Traitement	Bruchteil fraction	Monatliche Entschä- digung ¹⁾ Indemnité mensuelle ²⁾	Besoldung Traitement	Bruchteil fraction		Monatliche Entschä- digung ¹⁾ Indemnité mensuelle ²⁾
	¹⁾ 100%		115,5%		¹⁾ 100%		115,5%	¹⁾ 100%			115,5%
	Fr.		Fr.	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.		Fr.	
1. Kindergärtnerin (theoretisch)	1485	1/20,5 1/21 1/22 1/22,5	83.66 81.67 77.96 76.23	227.50	1713	1/20,5 1/21 1/22 1/22,5	96.51 94.21 89.93 87.93	1940	1/20,5 1/21 1/22 1/22,5	109.30 106.69 101.84 99.58	1. Maitresse d'école enfantine (chiffres théoriques)
2. Arbeitslehrerin	1827	1/28 1/29 1/29,5 1/30	75.36 72.76 71.53 70.33	302.—	2129	1/28 1/29 1/29,5 1/30	87.82 84.79 83.35 81.96	2431	1/28 1/29 1/29,5 1/30	100.27 96.82 95.17 93.59	2. Maitresse d'ouvrages
3. Haushaltsungs-Lehrerin Primarlehrer/in	1939	1/28 1/29 1/29,5 1/30	79.98 77.22 75.91 74.65	319.50	2258	1/28 1/29 1/29,5 1/30	93.14 89.93 88.40 86.93	2578	1/28 1/29 1/29,5 1/30	106.34 102.67 100.93 99.25	3. Maitresse ménagère Instituteur/institutrice
4. Sekundarlehrer/in	2330	1/28	96.11	436.50	2767	1/28	114.13	3203	1/28	132.12	4. Maître secondaire Maitresse secondaire
5. Lehrer an Fortbildungs-, Anschluss- u. Vorber.-Klassen	2571	1/26	114.21	434.—	3005	1/26	133.49	3439	1/26	152.77	5. Maîtres de classes de perfec- tionnement, de raccordement et de préparation
6. Lehrer an höhern Mittelschulen											6. Enseignants aux écoles moyennes supérieures
Kat. A	2812	1/23	141.21	431.50	3244	1/23	162.90	3675	1/23	184.54	Cat. A
B	2640	1/23	132.57	413.00	3053	1/23	153.31	3466	1/23	174.05	B
C	2480	1/23	124.53	393.50	2874	1/23	144.32	3267	1/23	164.06	C
D	2191	1/23	110.02	414.50	2606	1/23	130.86	3020	1/23	151.65	D
E	2063	1/23	103.59	392.50	2456	1/23	123.33	2848	1/23	143.01	E

¹⁾ Besoldung nach Dekret vom 15. 11. 1972.

²⁾ Entschädigung inkl. 15,5% TZ.

¹⁾ Traitement selon décret du 15. 11. 1972]

²⁾ Indemnité incl. 15,5% d'allocation de cherté.

Aus der Stellvertretungsverordnung 1974

1. Krankheit, Unfall, Niederkunft

Pflichten des Lehrers (Suche und) Orientierung des Vertreters. Über 4 Tage: ärztl. Behandlung, Zeugnis, evtl. Expertise; u. U. Pensionierungsgesuch. – Meldung, wenn Unfall (Krankheit) von Dritten verschuldet (Rückgriffsrecht des Staates). – Verrechnung des Verdienstes aus bezahlter Tätigkeit (während des Urlaubs), die vom Arzt verschrieben wurde. – Unterbruch 4 Wochen vor, 6 Wochen nach der Niederkunft.

Lohnauszahlung an definitiv Gewählte

während höchstens 12 Monaten: 100%
während des 2. Jahres (bis Pensionierung): 60%

an **provisorisch Gewählte**: max. bis Ende der Amtsdauer. Entschädigungen für **Zusatzlektionen** werden nur beschränkte Zeit ausbezahlt.

Lohnkürzung oder Sistierung möglich, wenn der Lehrer obige **Pflichten verletzt** und wenn der Unfall (die Krankheit) auf grobes **Selbstverschulden** oder auf die Ausübung einer **bezahlten Nebentätigkeit** zurückgeht.

2. Militärdienst (FHD, ZS, z. T. FW), Lohnauszahlung

Ordentl. WK (KVK), Einf.K. FHD 100%
RS als Rekrut 50%

Andere obligatorische Dienste

- a. Verheiratete (und Gleichgestellte) 100%
- b. Ledige (und Gleichgestellte) 100%
- die ersten 21 Tage 100%
- ab 22. Tag 75%

Freiwilliger Dienst: Regelung durch ED (Gesuch!)

Unfall (Krankheit) im Dienst: Ansprüche an EMV anmelden! Doppel an ED.

3. Urlaub aus anderen Gründen: Frühzeitig Gesuch stellen, Bedingungen erfragen.

Lektionsansätze für Stellvertretungen und nicht regelmässigen Unterricht

Ansätze in Franken pro gehaltene Lektion (inklusive 15,5% TZ)

Ansätze A und C gelten für die 12 ersten ganzen Schulwochen
Ansätze B und D gelten von der 13. Schulwoche an

Lehrkräfte mit dem Ausweis für die entspr. Schulstufe
Enseignants en poss. du titre pour le niveau scolaire corresp.

Schulstufe	ohne den Ausweis ¹⁾ sans le titre ¹⁾		Nicht regelm. Unterricht Enseignement non régulier			
	Ansatz A Norme A	Ansatz B Norme B	Ansatz C Norme C	Ansatz D Norme D	Niveau scolaire	
1. Kindergarten ²⁾ : Stunde	23.–	25.–	18.–	20.–	33.–	1. Ecole enfantine ²⁾ : heure leçon
Lektion	17.–	19.–	13.–	15.–	24.–	
2. Mädchenhandarbeiten	21.–	23.–	16.–	18.–	—	2. Travaux manuels féminins
3. Primarschule	22.–	24.–	17.–	20.–	32.–	3. Ecole primaire
4. Sekundarschule	26.–	29.–	21.–	23.–	40.–	4. Ecole secondaire
5. Fortbildungs-, Anschluss- und Vorbereitungsklassen	32.–	35.–	25.–	28.–	47.–	5. Classes de perfectionnement, de rattachement et de préparation
6. Höhere Mittelschulen						6. Ecoles moyennes supérieures
A	39.–	43.–	30.–	35.–	57.–	A } selon décret du B } 15. 11. 1972 sur C } les traitements D } des membres du E } corps enseignant
B	37.–	41.–	29.–	33.–	54.–	
C	34.–	38.–	27.–	31.–	50.–	
D	30.–	34.–	24.–	27.–	47.–	
E	29.–	32.–	22.–	25.–	44.–	

¹⁾ Stellvertreter mit einem Patent für eine untere Schulstufe werden an einer höheren Schulstufe wie Nichtpatentierter betrachtet; sie erhalten jedoch die Stellvertretungsentuschädigung für die ihrem Ausweis entsprechende Stufe.

²⁾ Stellvertreterinnen an Kindergärten werden pro Stunde entschädigt; der Lektionsansatz ist zu Vergleichszwecken berechnet worden.

Ordonnance de 1974 relative aux remplacements

1. Maladies, accidents, accouchements

Devoirs de l'enseignant: (Chercher et) informer le remplaçant. Au-delà de 4 jours: traitement médical, certificat, évent. expertise, éventuellement demande de mise à la retraite. – Annoncer la responsabilité éventuelle d'un tiers pour l'accident (la maladie), céder ses préentions à l'Etat. – Cession d'un gain réalisé, pendant le congé, par une activité lucrative prescrite par le médecin. Interruption de l'enseignement durant 4 semaines avant et 6 semaines après l'accouchement.

Traitement servi aux titulaires définitifs

pendant 12 mois au plus 100%
pendant la 2^e année (jusqu'à la retraite) 60%

aux titulaires provisoires: au max. pour la durée des fonctions. Indemnités pour **leçons supplémentaires**: durée limitée.

Réduction ou suppression du traitement possible si le maître **néglige les devoirs** ci-dessus et si l'accident (la maladie) est dû à une **imprudence grave** ou s'il remonte à une **activité lucrative accessoire**.

2. Traitement servi pendant le service militaire (SCF, PC, évent. S.-P.)

CR (CC) ordinaire, C. intr. SCF 100%
ER comme recrue 50%

Autres services obligatoires

- a. mariés (et assimilés) 100%
- b. célibataires (et assimilés) 100%
- les premiers 21 jours 100%
- dès le 22^e jour 75%

Service volontaire: la DIP statue sur requête. Accident (maladie) pendant le service: annoncer les revendications à l'AMF; copie à la DIP.

3. Congés pour d'autres motifs: adresser tôt une requête, demander les conditions.

Normes applicables en cas de remplacement et pour enseignement non régulier

Normes en francs par leçon donnée (y. c. 15,5% d'all. rench.)

A et C applicables pour les 12 premières sem. compl. d'école
B et D sont applicables dès la 13^e semaine d'école

ohne den Ausweis¹⁾
sans le titre¹⁾

¹⁾ A un niveau scolaire supérieur, les remplaçants détenteurs d'un brevet pour un niveau inférieur sont considérés comme n'étant pas brevetés; toutefois ils recevront au minimum l'indemnité de remplacement pour le niveau correspondant à leur titre.

²⁾ Les remplaçantes dans des écoles enfantines sont rétribuées à l'heure. La norme par leçon a été calculée pour servir de comparaison.

harmonisierten «Lehrerbildung von morgen» auf schweizerischer Ebene schaffen wir einen weiteren bernischen Sonderfall.

2.2.4 Sollen wir dieses Projekt als einen vorläufigen, rasch realisierbaren Versuch unterstützen?

Ja Nein

2.2.5 Sollen wir es als einen Schritt in eine falsche Richtung, der eine Neukonzeption verzögert, bekämpfen?

Ja Nein

2.3 Stufenunterschiede

«Das Unterrichten, das Beurteilen und das Erziehen sind als die Berufsaufgaben *aller* Lehrer anzusehen. (.) Die Ausbildung der Lehrer für das 1.-10. Schuljahr erfordert wegen der Zahl der Fächer generell ein achtsemestriges wissenschaftliches Studium». (Aus Funk-Kolleg Erziehungswissenschaft I/238f)

Die Lehrer aller Stufen sollen eine gleichwertige und gleichlange Ausbildung erhalten, aber nicht unbedingt eine gleichartige.

2.3.1 Soll die Lehrerin auf der Unterstufe gleich lang und gleichwertig ausgebildet werden wie der Lehrer auf der Oberstufe?

Ja Nein

2.3.2 Sollen Primarlehrer grundsätzlich gleich lang und gleichwertig ausgebildet werden wie Sekundarlehrer?

Ja Nein

2.4 Organisation

Unsere jetzige Organisation der Lehrerausbildung hat Vor- und Nachteile. Das Seminar macht es möglich, Jugendliche in einem Alter zu erfassen und gezielt auf ihren sozialen Beruf vorzubereiten, wo sie noch sehr offen und formbar sind. Andererseits müssen sie sich sehr früh entscheiden und haben nach Abschluss ihrer Mittelschule fast nur die eine Möglichkeit, Lehrer zu sein. Das Seminar ermöglicht es, der für den späteren Unterricht so wichtigen musischen Seite das nötige Gewicht zu geben und auch die anderen allgemeinbildenden Fächer in den Dienst der Berufsausbildung zu stellen. Andererseits aber isoliert es die Lehrer von den anderen ehemaligen Mittelschülern und trägt zu einer den Horizont einengenden Kastenbildung bei. Das könnte man vermeiden, wenn der allgemeinbildende Teil dem Gymnasium gleichgestellt würde und wenn man zum berufsbildenden Teil auch Maturanden zulassen würde. Sollen wir anstreben

2.4.1 dass der Abschluss des allgemeinbildenden Teils der Lehrerausbildung (Unterseminar) als Maturität anerkannt wird?

Ja Nein

2.4.2 dass die Berufsausbildung (Oberseminar) auch für Maturanden geöffnet ist?

Ja Nein

dass das Oberseminar

2.4.3 akademisches Niveau hat?

Ja Nein

2.4.4 in die Universität eingegliedert wird?

Ja Nein

2.4.5 eigene Institute mit Dozenten der Universität bildet

Ja Nein

2.4.6 dass die Primarlehrerausbildung grundsätzlich auf der Maturität aufgebaut wird?

Ja Nein

2.4.7 dass einfach die bestehende seminaristische Ausbildung verbessert wird?

Ja Nein

Schluss

Verantwortlich für die Arbeit in jeder Sektion ist der Primarlehrerpräsident oder das vom Sektionsvorstand bezeichnete Mitglied. Die Meinung der Lehrerschaft kann in einer Primarlehrerkonferenz oder schulkreisweise mit Hilfe dieser Arbeitsunterlage erfragt werden. Wir möchten sektionsweise bis zum 31. März 1974 die Anzahl Ja und Nein zu jeder Frage erhalten.

Wir bitten alle, im Interesse ihrer Schüler mitzuarbeiten, damit wir uns auf eine überzeugende Willensäußerung stützen können, wenn wir daran gehen, konkrete Anträge auszuarbeiten.

Wir sind auch bereit, über die Beantwortung unserer Fragen hinausgehende Meinungsäußerungen von Primarlehrer-Konferenzen, Arbeitsgruppen oder Einzelmitgliedern bei unseren weiteren Bemühungen zu berücksichtigen.

Die Mitglieder unserer Kommission sind bereit, auf Wunsch einzelnen Primarlehrer-Konferenzen über unsere Arbeitsziele mündlich Auskunft zu geben und unsere Anliegen vor Versammlungen zu vertreten.

Kantonale Primarlehrer-Kommission



Pädagogische Psychologie

Projektorientiertes Seminar

Vorbemerkung

Diese Kursanzeige hätte im letzten BSB anschliessend an die «Orientierung über Funkkollegs» erscheinen sollen, weil ein innerer Zusammenhang besteht. Im Text der «Orientierung» war sogar auf die «nachstehende Anzeige» hingewiesen. Irrtümlicherweise wurde die Anzeige des Kurses «Pädagogische Psychologie» auf die heutige Ausgabe verschoben. Wir bitten um Entschuldigung! Es empfiehlt sich, die «Orientierung über Funkkollegs» im BSB Nr. 3 vom 18. 1. 74 mitzubeachten.

Leiter

Hans Bolliger, Solothurn/Halten, und Mitarbeiter

Zeit und Ort

9. bis 12. Juli 1974, im Staatlichen Seminar *Solothurn* (Durchführende Stelle ist das Büro für Lehrerfortbildung des Kantons Solothurn in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Nordwestschweiz für Lehrerfortbildung)

Arbeitsmittel

Studienbegleitbriefe zum Funkkolleg «Pädagogische Psychologie», Ergänzungstexte (Fischer TB 6113 und 6114, Grundlagentexte zum Funkkolleg Pädagogische Psychologie), Kassetten mit Sendetexten, Videobänder: Unterrichtsplanung, Unterrichtsaufzeichnung

Anmerkungen, Anmeldung

Teilnahmeberechtigt sind Kolleginnen und Kollegen aller Stufen.

Anmeldungen aus dem Kanton Bern an die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Sahlistrasse 44, 3012 Bern, wo auch allfällige weitere Auskünfte erfragbar sind.

Dezember – Synode der Sektion Schwarzenburg

Unter dem Vorsitz von Sektionspräsident Hans Flach, Steinenbrünnen, tagten 40 Mitglieder der Sektion Schwarzenburg und genehmigten Protokoll, Jahresrechnung und den gleichbleibenden Mitgliederbeitragsansatz. Acht Austritten aus der Sektion standen gleichviele Eintritte gegenüber. Für den austretenden Peter Fankhauser, Schwarzenburg, wurde neu Ueli Zimmermann, Kriesbaumen, in den Vorstand gewählt. Ernst Ryf, Schwendi, wurde neuer Rechnungsrevisor.

In diesem Winter ist die Durchführung folgender *Kurse* vorgesehen:

- Zeichnungskurs «Drucktechniken» mit Christian Ramseyer, Zollikofen,
- Geographiekurs «Heimatkunde des Schwarzenburgerlandes» mit Herbert Aebischer, Schwarzenburg,
- Skikurs mit Hans Nydegger, Guggisberg.

Im weitem wurden in Aussicht genommen:

- Bastelkurs (Batik)
- Grammatik in neuer Sicht (F. Streit).

Dann konnten Frau Susi Rothenbühler, Hirschhorn, und Frau Ida Zehnder, Tännlenen, für je 40 Jahre *Schuldienst* als Handarbeitslehrerinnen in würdiger Weise geehrt werden.

Im zweiten Teil berichtete *Hans Kuster, Schwarzenburg* über die *Hilfsschule*. Es war eindrucklich, wie er den Hilfsschüler als ein vollwertiges Kind, das genau gleich

angenommen werden will wie jedes andere, aber als ein Kind mit besonderen Schwierigkeiten und mit einer besonderen Geschichte, den Anwesenden nahe bringen konnte. Am Beispiel der Arbeit in solchen Kleinklassen wurde manchem Kollegen der Primar- oder Sekundarschulstufe klar, wie wichtig die grundsätzliche Schulung zur Persönlichkeit des Schülers ist und welche Bedeutung der Haltung eines Lehrers zukommt, seine eigene Tätigkeit durch Fachleute immer wieder in Frage stellen zu lassen. Zudem war dieser Vortrag nicht nur inhaltlich besonders wertvoll, sondern auch rhetorisch eine Meisterleistung!

jo

Sektion Trachselwald

Die nur schwach besuchte Hauptversammlung unserer Sektion fand in der Aula des Sekundarschulhauses Huttwil statt. Im offiziellen Teil wurden Wahlen vorgenommen, Vereinspolitisches und Kursfragen besprochen. Anschliessend erfreute Kollege Max Bühler, Huttwil, die Anwesenden mit einer musikalischen Darbietung. Dritt- und Viertklässler, die bei Lehrer Bühler fakultativ im Instrumentalunterricht geschult werden, spielten auf Orff-Instrumenten verschiedene Weisen. Klassische Stücke, vom Leiter umgeschrieben, wechselten in bunter Folge mit bekannten Schulliedern. Im Namen aller Zuhörer dankte der Präsident den kleinen Musikanten und ihrem Lehrer für das hübsche Konzert.

J. P.

L'Ecole bernoise

Société bernoise des maîtres aux écoles moyennes (SBMEM)

Rapport annuel 1972/73

Programme d'activité 1973/74

Présenté à l'assemblée des délégués du 20 juin 1973

Voici les objectifs que nous prévoyons pour l'année prochaine:

1. Formation du maître secondaire

La Conférence suisse des maîtres secondaires a recommandé de fixer la durée des études à 8 semestres. Une étude, due à la plume de quatre collègues secondaires qui viennent de terminer leur temps de formation, arrive au même résultat.

Nul doute qu'on va discuter de la structure et du contenu de cette formation.

2. Enseignement secondaire de demain

Au nom de la Conférence des directeurs de l'Instruction publique, le rapport «Enseignement secondaire de demain» a été rédigé par une commission d'experts. Actuellement, ce rapport est soumis aux instances compétentes pour information. La SBMEM a la faculté

de prendre position à l'intention de la Conférence suisse des maîtres secondaires et de la SEB.

Comme il s'agit de propositions d'importance capitale, nous désirons y intéresser le plus grand nombre de collègues, afin de connaître leur idée au sujet des structures qui concernent plus particulièrement notre degré scolaire. Nous inviterons, par conséquent, les sections et chacun des membres à nous faire part de leur point de vue.

3. Traitements – Heures obligatoires d'enseignement

Si la nouvelle loi sur les traitements du corps enseignant devait être refusée, il nous appartiendrait alors d'aboutir à une solution de compensation. Si, en revanche, la loi est acceptée, il s'agira, et cela conformément à nos postulats, d'améliorer les montants de nos traitements prévus dans le décret et de corriger nos heures obligatoires d'enseignement.

Il sera intéressant pour vous d'apprendre que la Conférence suisse des maîtres secondaires va se réunir spécialement à Zurich, l'automne prochain, pour élaborer de tels postulats à l'intention des comités cantonaux.

4. Formation continue

Nous sommes à la veille d'un voyage d'étude en Russie, organisé par la SBMEM. Nous examinerons ensemble le problème des voyages à l'étranger, pour savoir s'il vaut encore la peine de se charger de telles entreprises.

Qu'il nous soit permis d'exprimer toute notre gratitude à M. Peter Michel pour son engagement total dans l'organisation parfaite des différents voyages d'étude.

Au nom du Comité cantonal SBMEM:

Le président: Hans Grütter

Le secrétaire: Urs Kurth

(Version française: Paul Müller)

Société pédagogique jurassienne (SPJ)

Comité général

Assemblée extraordinaire

7 novembre 1973, à 16 heures

Delémont (Buffet CFF)

Présidence: P. Jelmi

Excusés: M^{me} Tröhler; MM. Barraud, Berberat, Bourquard, Girardin

1. Procès-verbal

Il a paru dans «L'Ecole bernoise» (N^o 13, 1973) et a fait l'objet d'un tirage à part. Il est accepté sans modification.

2. Rapport «Enseignement secondaire de demain»

Présentation

P. Jelmi rappelle qu'une commission mandatée par les directeurs de l'Instruction publique, formée de 35 membres et présidée par M. F. Egger, présente ce rapport. Quelques remarques s'imposent:

- les enseignants romands sont sous-représentés au sein de cette commission;
- il y a des différences sensibles entre le texte allemand et le texte français;
- les discussions dans les différentes associations ont eu lieu sur la base du texte français.

La commission a jugé bon de poser les questions suivantes:

– Estimez-vous qu'une réforme de grande envergure de l'enseignement secondaire en Suisse soit nécessaire ou souhaitable?

– Dans l'affirmative, pensez-vous qu'une telle réforme devrait être engagée sous forme d'expériences scolaires, conformément à l'al. 10 et aux recommandations 10 et 11?

– Si oui, approuvez-vous les options fondamentales suivantes, sur lesquelles débouche la présente étude:

1. Introduction d'un degré d'observation et d'orientation pour la deuxième moitié de la scolarité obligatoire?
2. Nouvelle conception des degrés scolaires postérieurs à la scolarité obligatoire, en particulier introduction d'un diplôme et organisation en deux parties du degré maturité?
3. Remplacement des différents types de maturité par un type unique, caractérisé par un système de disciplines obligatoires et de branches à option, mais permettant néanmoins
4. un accès général à toutes les études universitaires?
– Contribution des hautes écoles à la réforme de l'enseignement?

M^{lle} H. Wüst nous parle de cette réforme de grande envergure, dont les principes de base sont les suivants:

- perméabilité des structures;
- orientation continue;
- individualisation de l'enseignement;
- coordination des disciplines.

Les objectifs à atteindre sont:

- la mission de l'enseignement secondaire;
- l'apprentissage des méthodes de travail et l'acquisition des connaissances fondamentales;
- le développement des aptitudes de l'élève en vue de son épanouissement;
- la formation du caractère de l'élève.

Discussion et prise de position

M. Bessire estime qu'il serait bon – au sujet de la concentration des écoles – de faire part à la SPR de la situation géographique décentralisée de l'école jurassienne. Pour M. Comte, le rapport contient beaucoup de bonnes idées, mais comment seront-elles réalisables pratiquement? M^{me} Walliser pense qu'il ne faut pas hésiter et qu'il nous appartient de soutenir ce rapport. P. Jelmi souligne la politique de l'enseignement qui tend à l'humanisation de l'école.

A la suite de cette discussion, les principes de base, ainsi que les objectifs du rapport, sont acceptés.

Remarques:

- il serait préférable de ne pas avoir de trop grands complexes scolaires;
- il faut regretter la participation restreinte d'enseignants à la réalisation de ce document et le manque d'alternative possible aux réponses du questionnaire.

Il appartiendra maintenant au Comité central de la SPJ de répondre au questionnaire.

3. Réforme des statuts

M. R. Haerberli, président de la commission de réforme des statuts, présente un avant-projet. Ce dernier est accepté sans discussion et avec remerciements à toute la commission. Il sera, en outre, présenté à tous les synodes.

4. Secrétaire-adjoint de langue française à la SEB

P. Jelmi rapporte sur l'état actuel des tractations.

Le Comité cantonal, sur proposition du Comité directeur et sur la base des divers pourparlers qui ont eu lieu avec des représentants du Comité SPJ, a précisé, dans sa séance du 31. 10. 73, les conditions auxquelles il pense que l'assemblée des délégués du 24. 4. 74 pourrait être d'accord de transformer le poste d'adjoint/chef de bureau en celui de secrétaire-adjoint de langue française, disponible à environ 50% pour les affaires jurassiennes:

1. Le secrétaire-adjoint est nommé par le Comité cantonal, après mise au concours et sur proposition de la SPJ. Il fait partie du secrétariat central; il est donc responsable de son travail devant le secrétaire central et le Comité cantonal.

2. Il sera disponible, pour environ la moitié de sa capacité de travail, pour les affaires jurassiennes. Pour le reste, il sera chargé d'autres tâches au service de la SEB;

elles lui seront attribuées selon les besoins. Le cahier des charges sera établi avant la nomination.

3. Le salaire sera à la charge de la caisse centrale SEB, de même que la part de l'employeur aux primes d'assurance.

4. La caisse centrale supportera également les frais de voyage; on prévoit une indemnité forfaitaire.

5. Le secrétariat central se chargera, dans une mesure raisonnable, des travaux d'écriture.

6. Le loyer d'un bureau éventuel dans le Jura et son aménagement seront l'affaire de la SPJ, de même que les frais de personnel résultant de l'engagement d'un(e) employé(e) de bureau supplémentaire dans le Jura.

7. Ces conditions valent pour 3 ans à partir de l'entrée en fonction du secrétaire-adjoint. Une extension de ses

fonctions ou des modifications de structures doivent être soumises à l'assemblée des délégués, pour décision.

Un calendrier de travail, en vue de la nomination, a été fixé.

P. Jelmi informe, au sujet du point 6, que les cotisations seront légèrement augmentées. Les synodes devront être informés.

5. Divers et imprévu

La parole n'est pas demandée et *P. Jelmi*, président, lève la séance. Il est alors 18 h. 50.

Au nom du Comité central SPJ

Le président: *P. Jelmi*

Le secrétaire: *M. Girod*

Mitteilungen des Sekretariates

Schulreisen, Landschulwochen, Skilager

Von verschiedenen Seiten (auch von amtlichen Stellen) wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Verhaltensweise von Schülern und Lehrern auf Schulreisen, in Landschulwochen und Skilagern teilweise beunruhigende Formen angenommen hat.

Der Kantonalvorstand wird auf Antrag des Leitenden Ausschusses und der Pädagogischen Kommission eine Arbeitsgruppe ernennen. Es werden darin Lehrer der Primarschule, der Sekundarschule und weitere Fachleute vertreten sein. Der Auftrag dieser Arbeitsgruppe besteht darin, dass sie die genannten Probleme erfasst und bearbeitet, um sie in Form einer Dokumentation zuhanden der gesamten Lehrerschaft und anderer interessierter Gremien zusammenzustellen.

Da diese Arbeit noch einige Zeit braucht, möchten wir unsere Mitglieder vorläufig auf die wichtigsten und weittragendsten Folgen aufmerksam machen:

- a) *Das Ansehen und die Autorität des Lehrers nehmen Schaden*, wenn er gewisse Grenzen im Verhalten der Schüler übersieht.
- b) *Bei Unfällen*, mit Sach- oder Personenschaden, die sich infolge mangelnder Aufsicht, verfehlter Anordnungen und Unvorsichtigkeiten ereignen, wird die *Verantwortung des Lehrers* mit sehr strengen Massstäben gemessen. (Siehe Statuten des Bernischen Lehrervereins, Merkblätter 2 und 3, Strafgesetzbuch II/I «Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben», Art. 122-129, 136)
- c) *Andere Verantwortungen* mit strafrechtlichen Folgen. Unordnung und mangelnde Aufsicht, besonders bei kollektiven Übernachtungen, können zur Anklage des Lehrers wegen Unzucht mit Kindern und Jugendlichen (StGB Art. 192 ff.) oder Begünstigung der Unzucht (Art. 200) führen. Auch auf diesem Gebiet legen Behörden und Gerichte einen sehr strengen Massstab an.

Der Leitende Ausschuss BLV

Communications du Secrétariat

Courses scolaires, camps d'études, camps de ski

De différentes sources, officielles et autres, nous avons été rendus attentifs au comportement parfois inquiétant d'élèves et de maîtres en course scolaire, dans des camps d'études et de ski, etc.

Sur proposition du Comité directeur et de la Commission pédagogique de l'ancien canton, le Comité cantonal va constituer un groupe de travail, où les degrés primaire et secondaire ainsi que d'autres catégories d'experts seront représentés. Ce groupe aura pour mission de définir les problèmes, de les étudier sous leurs différentes faces et de rédiger une documentation à l'intention du corps enseignant et d'autres milieux intéressés.

Ce travail exigera un certain temps; en attendant, nous rendons nos membres attentifs aux conséquences les plus fréquentes ou les plus graves d'imprudences dans ces domaines.

- a) *La réputation et l'autorité d'un enseignant souffrent* s'il n'a garde de fixer des limites au comportement des élèves.
- b) En cas d'*accidents*, avec dommages matériels ou personnels imputables au manque de surveillance, à des dispositions inadéquates ou à des imprudences, la *responsabilité du maître* est jugée très sévèrement. (Voir les statuts SEB, mémentos n° 2 et 3, et le Code pénal suisse, infractions contre la vie et l'intégrité corporelle, art. 122-129, 136.)
- c) *Autres responsabilités* susceptibles d'entraîner des mesures pénales. Le désordre, le manque de surveillance, spécialement la nuit, peuvent mener à la mise en accusation du maître pour attentat à la pudeur de mineurs (CPS art. 192 ss), ou pour avoir favorisé la débauche entre mineurs (art. 200). A cet égard également, les autorités administratives et judiciaires appliquent des critères très sévères.

Le Comité directeur SEB